

INTERVIEW

# "Europa muss sich einer unipolaren Welt entgegensetzen"

Was bringt Luxemburg auf der UN-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklungshilfe ein? Ein Gespräch mit Charles Goerens, Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und Leiter der Luxemburger Delegation in Monterrey.



Charles Goerens

*Schon 1992, anlässlich des Weltumweltgipfels in Rio, waren den Ländern des Südens neue Finanzierungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung versprochen worden. Wieso hat es so lange gedauert, bis dies Thema einer UN-Konferenz wurde?*

Soweit ich weiß, stammen die ersten Initiativen für eine gesonderte Finanzierungs-konferenz aus dem Jahr 1997. Zwei Jahre später wurde dann die UN-Konferenz in Monterrey formell beschlossen. Es dürfte vor allem die Erkenntnis gewesen sein, dass die Versprechungen von Rio drohten, nicht eingehalten zu werden, die diese Entscheidung herbeigeführt hat. Natürlich ist es bedauernd, dass eine solche Konferenz erst jetzt stattfindet.

Die Einsicht, dass die Armut weiter zunimmt, dass wir im Zusammenhang mit dem ungeheuren Bevölkerungswachstum auf eine Wand zurasen, blieb jedoch nie außen vor. Diese Themen waren in den 90er Jahren zumindest latent in der politischen Debatte vorhanden.

*Könnte man sagen, dass der Süden nach dem Ende des kalten Krieges keine Relevanz mehr im internationalen politischen Gleichgewichtsgefüge hatte, und so einfach ignoriert wurde?*

In Luxemburg sicherlich nicht. Wir haben gerade nach dieser Zeit angefangen, unsere Entwicklungsarbeit auszubauen. In der gesamten EU müssen wir vielleicht bedauern, dass der Bewusstseinsstand nicht im gleichen Maße

gewachsen ist, wie es die Probleme erfordert hätten. Dabei haben wahrscheinlich die neuen Aufgaben, die auf die EU im Zusammenhang mit der Osterweiterung zukamen, eine Rolle gespielt. Die Länder Osteuropas sind nicht unterentwickelt, sondern fehlentwickelt, das ist eine anders geartete Herausforderung. Zudem haben die Maastrichter Konvergenzkriterien bei einigen Regierungen dazu geführt, die Entwicklungszusammenarbeit angesichts der dreiprozentigen Haushaltsdefizitsgrenze hintenanzustellen.

**"Wir werten als Erfolg, was eigentlich ein Versagen ist: Die Armut um die Hälfte zu reduzieren, heißt letztendlich, dass die Hälfte der Armut bestehen bleibt."**

*Manche würden schon einen Erfolg darin sehen, wenn heute in puncto Entwicklungshilfe wieder das Niveau von 1989 erreicht würde. Laut UN-Ziel soll die Armut bis 2015 weltweit halbiert werden. Reicht das?*

Diese Perspektive kann mich nicht zufrieden stellen. Wir werten als Erfolg, was eigentlich ein Versagen ist: Die Armut um die Hälfte zu reduzieren, heißt letztendlich, dass die Hälfte der Armut bestehen bleibt. In den letzten zehn Jahren hat die Entwicklungshilfe der OECD-Länder um 24 Prozent abgenommen. Die derzeitigen 54 Milliarden

US-Dollar Entwicklungshilfe pro Jahr müssten laut Berechnungen der Weltbank verdoppelt werden, um das von Kofi Annan anvisierte Ziel bis 2015 erreichen zu können. Die derzeit geleistete Entwicklungshilfe, die im Schnitt 0,22 Prozent der Bruttoinlandsprodukte der OECD-Länder ausmacht, müsste also auf 0,44 Prozent ansteigen. Würden wir die längst versprochenen 0,7 Prozent erreichen, wären die Voraussetzungen, auch die zweite Hälfte der weltweiten Armut zu bekämpfen, gegeben.

Wir müssen darüber hinaus auch noch in Betracht ziehen, welche Rückwirkungen eine solche Politik auch auf die Situation im Norden hätte. Um diese Volumen an Hilfe überhaupt verarbeiten zu können, müssten auch bei uns jede Menge Leute mobilisiert werden. So werden zusätzliche Stellen frei, die so manches Problem in unseren Breiten mit lösen könnten. Hier tut sich eine der größten globalen Herausforderungen auf, deren Chancen wir nicht verkennen sollten.

*Am sogenannten Monterrey-Konsens wird bemängelt, dass er nicht verbindlich sein soll. Wie schätzen Sie die Chancen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren ein?*

Wir müssen zwischen einem Vertrag und einer internationalen Konferenz unterscheiden. Konferenzen geben Anlass zu einer gewissen Großzügigkeit, die umso höher ausfällt, je später das Zieldatum angesetzt wird. Für Luxemburg haben solche Ver-

sprechungen durchaus eine gewisse Verbindlichkeit. 1992 hat der damalige Staatsminister erklärt, Luxemburg werde bis 2000 die 0,7 Prozent Entwicklungshilfe erreichen, und so ist es auch eingetreten. Andere Länder haben sich nicht an ihre Aussagen von damals gehalten. Das ist bedauernd, aber es wäre auch nicht möglich gewesen, ihnen eine verpflichtende Aussage abzugeben.

**"Konferenzen geben Anlass zu einer gewissen Großzügigkeit, die umso höher ausfällt, je später das Zieldatum angesetzt wird. Für Luxemburg haben solche Versprechungen durchaus eine gewisse Verbindlichkeit."**

Was die EU angeht, müssen wir jedoch feststellen, dass sich ihre Mitgliedsstaaten im Vorfeld der Monterrey-Konferenz durchaus einen zwingenden Rahmen gegeben haben. Im Richelle-Bericht mussten alle EU-Nationen Farbe bekennen und die Orientierungen ihrer entwicklungspolitischen Anstrengungen in nächster Zeit offen legen. Länder wie Irland haben sich hier dem Ziel 0,7 Prozent verschrieben, Großbritannien visiert eine substantielle Erhöhung der Entwicklungshilfe an, ähnliches gilt für andere Länder. Jedes musste offen legen, wie es dazu beitragen will, die gesamte EU-Hilfe aufzustocken.

*Heißt das, dass die EU in Ihren Augen genug in Sachen Entwicklungshilfe unternimmt?*

Nein, sicher ist das immer noch nicht genug. Das Ziel, wie es jetzt von der EU formuliert wird, scheint mir jedoch realistisch und deshalb auch einklagbar zu sein. Im internationalen Vergleich steht die EU sehr gut da. Es gibt keine andere Staatengemeinschaft, in der diese Thematik mit ähnlichem Nachdruck behandelt würde, als die EU. Würden die USA und Japan ähnliche Anstrengungen unternehmen, könnte bereits heute eine Verdoppelung der Hilfe eintreten.

Innerhalb der EU spielt die öffentliche Meinung eine wichtige Rolle. Es ist unsere Aufgabe, die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit dieser Politik in Kenntnis zu setzen. Allein ein Blick auf die unterschiedliche Lebenserwartung - 74 Jahre in den Industrieländern, 52 in den ärmsten Ländern - macht deutlich, welcher moralischen Verpflichtung wir hier nachkommen müssen. Die Menschen hier müssen verstehen, dass es in ihrem eigenen Sicherheitsin-

teresse ist, diese Entwicklung zu fördern. Nicht zuletzt ist auch unser Wohlstand damit eng verknüpft.

Dieses Bewusstsein ist in Europa sicherlich stärker als in den USA. Die EU könnte in diesem Sinne in all diesen Konferenzen eine erfrischende Rolle spielen.

*Es hat weiterführende, strukturelle Vorschläge - etwa in Sachen Handelsgerechtigkeit oder Tobinsteuer - seitens des Südens gegeben. Begibt sich Luxemburg bzw. die EU auf einen solchen Weg?*

Wir sehen eine weite Allee vor uns, was die möglichen Diskussionspunkte angeht. Allerdings will ich meine optimistischen Aussagen insofern relativieren, als die jüngsten EU-internen Wahlkämpfe vor allem auf dem Gebiet der Exklusionen erfolgreich ausgetragen wurden. Das war der Fall in Österreich, in Dänemark, und erst kürzlich in Portugal waren ähnliche Tendenzen zu verspüren.

Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bedingungen, eine verstärkte internationale Zusammenarbeit anzustreben, selten so günstig waren wie heute. Nicht alles in der Welt kann dem reinen Warenhandel untergeordnet werden. Die Diskussion über "public goods" muss geführt werden: Medikamente oder sauberes Wasser können nicht ohne weiteres nur dem freien Markt überlassen werden. Wir haben kein Interesse daran, dass auch nur ein einziges Land auf der Strecke bleibt und durch den Globalisierungsdruck noch weiter ausgeschlossen wird.

**"Ich erwarte mir, dass Europa sich noch mehr profiliert und sich einer unipolaren Weltordnung entgegensetzt."**

*Welche Erwartungen knüpfen Sie an Monterrey?*

Ich erhoffe mir ein Engagement seitens der Industrieländer, auch wenn dies keinen legal verbindlichen Charakter hat. Und ich erwarte, dass die öffentliche Meinung und die internationale Zivilgesellschaft diese Versprechen zum gegebenen Zeitpunkt all jenen, die sie nicht einhalten wollen, an den Kopf wirft. Es wäre wünschenswert, dass diese zweite Option überflüssig würde. Es ist an der Zeit, dass alle erkennen, dass mit diesem Problem nicht leichtfertig umgegangen werden darf. Man darf nicht einfach Versprechen abgeben in der Gewissheit, nie selber dafür gerade stehen zu müssen, weil sie erst in ein oder zwei Generationen eingeklagt werden. Ich erwarte mir, dass Europa sich noch mehr profiliert und sich einer unipolaren Weltordnung entgegensetzt.

Das Gespräch führte  
Richard Graf.



Vor dem Gipfel: Über 50 Staats- und Regierungschefs und rund 300 MinisterInnen wurden diese Woche im Konferenzzentrum in Monterrey erwartet.



Vor der Demo: GlobalisierungskritikerInnen bereiten sich für den Protestmarsch im Alameda Park in Monterrey vor.

(Fotos: epa)

## SOZIALFORUM

# Die globalisierungskritische Avantgarde

**Auf dem Sozialforum für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung im mexikanischen Monterrey blieben die GlobalisierungskritikerInnen nicht unter sich. Am Foro Global nahmen auch Vertreter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds teil.**

Ausgerechnet "Auditorio Coca-Cola". Man müsse dieses Gebäude in "Acero Monterrey" (Stahl Monterrey) umbenennen, schimpft Jesús Medellín. Tausende von Arbeitern seien damals ohne Abfindung auf die Straße gesetzt worden. "Das war das Ergebnis von Privatisierung, Korruption und einer Politik im Dienst des großen Kapitals", erklärt der Mittfünfziger weiter.

Medellín muss es wissen. Als das Stahlwerk "Fundidora de Acero" 1987 in der nordmexikanischen Stadt Monterrey dichtgemacht wurde, gehörte er zu den Gekündigten. Jetzt

steht er wieder hier, im heutigen Parque Fundidora, auf dem Podium des "Foro Global". Auf dem "Sozialforum für eine Finanzierung des Rechts auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung" kamen vergangene Woche im Vorfeld der internationalen Uno-Konferenz GlobalisierungskritikerInnen der ganzen Welt zusammen.

Doch in Monterrey blieben sie nicht unter sich. Unter den rund 700 Organisationen, die ihre Vertreter und Vertreterinnen zu der Konferenz schickten, fanden sich neben Menschenrechtsinitiativen, Frauengruppen und Nichtregie-

rungsorganisationen (NGO) auch die, die normalerweise dem "feindlichen Lager" zugeordnet werden: Sowohl der Internationale Währungsfonds (IWF) als auch die Weltbank nahmen am Foro Global teil. Schließlich habe man nicht das Interesse, das herrschende ökonomische Modell zu bekämpfen, sondern "bei den multilateralen Institutionen demokratische Mechanismen zu etablieren", erklärte dazu Forum-Organisatorin Laura Fraude. Energisch legte die Mexikanerin den rund 1.500 angereisten GlobalisierungskritikerInnen auf der Eröffnungsveranstaltung nahe: "Seien wir uns dessen bewusst, dass wir immer die Avantgarde der Regierungen und Institutionen waren."

### Die Weltbank bittet zum Tanz

Man sei sich in vielen Punkten einig, bestätigte IWF-Vertreter Prakash Longani auf einer der über hundert Veranstaltungen, die in der vergangenen Woche stattfanden. Viele Probleme gebe es zu lösen, sekundierte sein von der Weltbank abgestellte Kollege Amar Bhattacharya, "aber deshalb sind wir mit Euch hier in diesem Zelt. Wir haben während unserer 30jährigen Existenz gelernt zuzuhören". Die Weltbank, versicherte Bhattacharya, stehe "entschlossen zu diesem Dialog". Zum Tanzen brauche man schließlich immer zwei.

Vom Zeltlager der Alternativen zum Tanzsalon der "Großen" sind es nur wenige

Meter. Auf der anderen Seite des Parque Fundidora, vorbei an rostigen Metallruinen der Acero Monterrey, dem Vergnügungspark und der Formel-1-Zielgeraden, liegt das Cintermex. Wie das Auditorio Coca-Cola wurde dieses Internationale Handelszentrum Monterreys auf den Trümmern des Stahlwerkes erbaut. Im Cintermex findet seit Beginn dieser Woche die offizielle Uno-Entwicklungskonferenz statt. Der Inhalt der Abschlusserklärung, stand dabei nicht mehr zur Disposition. Der sogenannte Konsens von Monterrey war bereits im Vorfeld ausformuliert worden. "No sirve para nada" – "rein gar nichts" taue diese Erklärung, meint man am anderen Ende des Parque Fundidora. Mit diesem Papier werde nie das beim Millenniumsgipfel in New York formulierte Ziel erreicht, die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren, kritisierte Paul Tennessee vom Weltverband der Arbeit. Auf der Entwicklungskonferenz werde man lediglich "einige Willenserklärungen hören", so Tennessee, der seine Organisation auch bei den Vereinten Nationen repräsentiert. Und überhaupt: Dass an dem im Januar formulierten Entwurf nichts mehr verändert werden dürfe, liege einzig daran, dass man den Besuch des US-Präsidenten George W. Bush nicht habe in Frage stellen wollen. Bush hatte seine Zusage erst gegeben, nachdem das "Konsensschreiben" unter Dach und Fach war. "Die Europäer haben sich in den Vorverhandlungen dem Hegemonialanspruch der USA total unterworfen", meint Tennessee.

### Vorgefertigte Abschlusserklärung

Eine Untersuchung der NGO Social Watch kommt zu einem umfassenderen Schluss: Die entwickelten Staaten hielten durch ihre restriktive Handelspolitik die Länder des Südens in Armut. "Die G 7-Staaten verschließen sich gegenüber Schlüsselprodukten der armen Staaten, und die Finanzinstitutionen fordern ökonomische Maßnahmen gegen Krisen, die sie gegen Rezessionen im eigenen Land nicht anwenden", resümierte Organisationsprecherin Patricia Garce das Ergebnis einer Studie, die Social Watch jetzt zum Beginn der Uno-Konferenz vorlegte.

Auch diese Einschätzung wird in den Konsens von Monterrey keinen Eingang mehr finden. Ebenso wenig wie die Tobin-Steuer. Die Besteuerung von internationalen Devisentransaktionen, wie sie etwa von der globalisierungskritischen Gruppe Attac gefordert wird, gehört zu den wichtigsten Zielen der NGO. Vor allem aber die auf ihrem Gipfel in Barcelona getroffene Entscheidung der Europäischen Union, die Entwicklungshilfe nur geringfügig zu erhöhen, stieß beim Sozialforum auf Missfallen. Und ebenso die Ankündigung Bushs, fünf Milliarden Dollar zur Unterstützung der ärmsten Staaten zur Verfügung zu stellen.

"Nichts als Brotkrümel", urteilte Mitorganisator Alejandro Villamar. Schließlich hätte sich die internationale Staatengemeinschaft seit 30 Jahren zum Ziel gesetzt, 0,7 Prozent des jeweiligen Brutto-sozialprodukts für Entwicklungshilfe freizugeben. Die nun von der EU zugesagten 0,39 Prozent bis zum Jahr 2006 seien lediglich "ein Zugeständnis in letzter Minute, weil man keine konkreten Vorschläge zur Überwindung der weltweiten Armut zu bieten habe", ergänzte Alberto Arroyo vom mexikanischen Netzwerk gegen den Freien Handel (Remalc). Selbst Weltbank-Chef James Wolfensohn hatte sich jüngst für eine Verdopplung der Zahlungen ausgesprochen.

Viel wird also im Konsens von Monterrey nicht übrig bleiben von all den gut gemeinten Vorschlägen der NGO-Gemeinde. Dabei hatten die Ausrichter des Sozialforums einflussreiche Freunde: Die mexikanische Regierung machte rund 300.000 US-Dollar für Infrastruktur und Miete locker, und auch die Uno sowie einige Staaten des Nordens kofinanzierten das Treffen.

Dass die Veranstalter trotzdem auch noch zehn Dollar Eintritt verlangten, brachte einige auf die Palme. Schon vorher hatten sich einige Organisationen skeptisch über das Forum geäußert. Sicher hätten viele Leute guten Willen, sagt etwa Fernandez Norona von der "Asamblea Ciudadana de Deudores de La Banca", einer Art Verband von Bankverschuldeten. Es sei jedoch besser, "die Auswirkungen des herrschenden ökonomischen Modells herauszuarbeiten und in keiner Weise nachgiebig zu sein".

Zahlreiche kleinere Gruppen, sowie einige Bauerninitiativen und Gewerkschaften konzentrierten sich auf Aktionen vor Ort. Mit Parolen wie "Eine andere Welt ist möglich" wollten sie gegen das offizielle Uno-Treffen mobil machen. Oder, wie einige Anarchopunks etwas verkürzter auf einem Plakat ankündigten: "Unsere Globalisierung: Revolution". Solche Ankündigungen brachten die mexikanischen Sicherheitskräfte ins Spiel. Rund 7.000 Polizisten sorgten in der Stadt für Ruhe, ganze Straßenzüge wurden am Sonntagabend gesperrt, um die Tagung vor GlobalisierungskritikerInnen zu schützen.

**Wolf-Dieter Vogel, Monterrey**

## Was kostet die andere Welt?

Wie soll Entwicklungshilfe finanziert werden? Darüber zerbrachen sich unter anderem über 50 Regierungschefs und rund 300 MinisterInnen diese Woche auf der internationalen Uno-Entwicklungskonferenz im mexikanischen Monterrey den Kopf. Es ist der erste Kongress dieser Art: Erstmals wollen die Vereinten Nationen gemeinsam mit IWF, Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO) und Wirtschaftsvertretern ein umfassendes Konzept gegen die Armut vorlegen. Unmittelbar in der Nähe hielten GlobalisierungskritikerInnen ihren "Foro Global" ab und ließen keinen Zweifel daran, dass sie nicht sehr viel von der bereits vorher verfassten Abschlusserklärung, dem Konsens von Monterrey, halten.

*Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexiko-Stadt.*